

\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*

## ÜBERSICHTEN

\*

\*

\* \* \* \* \*

## AUSSENPOLITIK

\*

\*

\* \* \* \* \*

## WESTEUROPA

\*(1)

**China und der Vatikan:  
Vorsichtige gegenseitige Annäherung  
in Form der traditionsreichen  
"Astronomie-Diplomatie"**

Seit dem Ende des Bürgerkriegs und der Ausrufung der Volksrepublik im Jahre 1949 gibt es keine offiziellen Beziehungen mehr zwischen China und dem Vatikan. Der Vatikan ist weiterhin der einzige Staat in Europa, der noch offizielle diplomatische Beziehungen mit der Regierung in Taipeh unterhält.

Zwei Kernprobleme haben bisher eine gegenseitige Annäherung verhindert, nämlich eben diese Taiwan-Beziehungen und zweitens das, was Zhao Ziyang bei einem Interview während seiner ersten Europareise im Mai 1984 als "Einmischung des Vatikan in die inneren Angelegenheiten Chinas" bezeichnet hat. Gemeint sind damit zwei Punkte, nämlich die Nichtanerkennung der von Rom getrennten "Patriotischen katholischen Kirche Chinas" durch den Vatikan einerseits und das Pochen Roms auf die Ernennung auch chinesischer Bischöfe sowie das Fortbestehen des Status von Missionsbischöfen andererseits. Die "Patriotische Kirche" Chinas pocht auf die "drei Unabhängigkeiten": Eigenfinanzierung, Eigenmissionierung und Eigenverwaltung, während der Vatikan erstens die Bischöfe selbst ernennen möchte, zweitens lange Zeit auf sein Missionierungsrecht bestanden hat und drittens darauf besteht, daß auch das neue Kirchenritual in China übernommen wird: paradoxerweise hat die chinesische patriotische Kirche ja den lateinischen Ritus beibehalten!

Inzwischen hat der Vatikan Komprobißbereitschaft erkennen lassen.

- Es liegen Anzeichen dafür vor, daß die Nuntiatur Taiwans auf längere Sicht in eine "Apostolische Delegation" ohne diplomatischen Status umgewandelt wird. Der seit 1978 beim Heiligen Stuhl akkreditierte Botschafter Taiwans war deshalb be-

reits Anfang 1984 zur "Berichterstattung" nach Hause zurückgerufen worden.

Ein weiterer Schritt in diese Richtung einer Normalisierung der Beziehungen zu Beijing wurde auch noch in ganz unauffälliger Weise in Form einer Korrektur im Päpstlichen Jahrbuch (Annuario Pontificio) von 1984 unternommen, insofern nämlich die bisher dort genannten Missionsbischöfe, die seit 1951 aus der VR China ausgewiesen worden waren, nicht mehr als ordentliche Bistumsleiter erwähnt werden. Inzwischen wurden diese Kirchenführer, die meist über 75 Jahre alt sind, "emiritiert". Dabei handelt es sich um einen Erzbischof, 11 Bischöfe und 9 apostolische Präfekten, die aus verschiedenen Ländern Europas und aus den USA stammen - also keine Chinesen sind!

Auch die von der chinesischen Kirche beanspruchten Autonomierechte scheinen dem Vatikan inzwischen nicht mehr indiskutabel zu sein. Bereits 1981 hatte der Außenminister des Vatikan, Kardinalstaatssekretär Casaroli, die Bemerkung fallen lassen, daß, "wenn etwas illegitim ist, das nicht heißt, daß man es nicht legitimieren kann".

Quantitativ ausgedrückt muß sich der Vatikan nun zwischen 300.000 taiwanesischen Katholiken und etwa 3 Millionen Katholiken des Festlands entscheiden. Allem Anschein nach neigt sich die Waage der letzteren Lösung zu. Auf seiten des Vatikan wird dabei auch noch die Überlegung mitspielen, daß man mit den Katholiken Taiwans ohnehin in Verbindung bleibt, während der Weg über Beijing die einzige Möglichkeit ist, um auch an die Katholiken des Festlands heranzukommen; in erster Linie geht es ja nicht um offizielle staatliche Beziehungen, sondern um direkte Kontakte zu den dortigen Gläubigen. Allerdings sind die romtreuen Elemente in China quantitate negligee. Die große Mehrheit gehört eben - der Nationalkirche Chinas an.

Papst Johannes Paul II bemüht sich seit Beginn seines Pontifikats im Jahre 1978 um China. Schon bei seiner Asienreise im Jahre 1981 hatte er Beijing dazu aufgerufen, die 1949 abgebrochenen Beziehungen zum Vatikan wieder aufzunehmen.

Nicht nur die Politiker Chinas, sondern auch die hohe Geistlichkeit des Landes haben sich bereits mehrere Male empört über die "Einmischungsversuche" des Vatikan geäußert. Der Bischof von Beijing, Michael Fu Tieshan, sagte u.a. am 10. Juni 1984, daß der Vatikan sich

höchst widersprüchlich verhalte: Einerseits versuche er sich der chinesischen katholischen Kirche wieder anzunähern, zur gleichen Zeit aber wolle er nicht darauf verzichten, die Gemeinde der chinesischen Katholiken zu spalten.

Man darf davon ausgehen, daß die chinesische Regierung an einer Wiederannäherung zum Vatikan ohnehin nicht besonders interessiert ist, da ein solcher Schritt vielleicht zu einem sprunghaften Anwachsen der katholischen Anhängerschaft in China führen könnte.

Trotzdem wurden solche Bedenken einstweilen zurückgestellt und zögernde Schritte der Annäherung unternommen. Im Juni 1985 nämlich unterzeichnete die Sternwarte des Vatikan sowie die römische staatliche Hochschule "La Sapienza" mit der Universität von Hefei/Anhui ein Abkommen zur Zusammenarbeit im Bereich der Astronomie.

Das Abkommen sieht vor, daß der Vatikan ein Teleskop von Castel Gandolfo bei Rom in die chinesische Autonome Region Xinjiang verlegen darf. Die in China gesammelten Daten sollen dann einer Stiftung zur Verfügung gestellt werden, die ihren Sitz in Rom hat und an der sich auch Hochschulen der USA und der Dritten Welt beteiligen.

Man erinnere sich daran, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und den USA mit einer "Pingpong-Diplomatie" eingeleitet worden war. Das Vorspiel für eine Annäherung Chinas mit dem Vatikan könnte vielleicht die "Astronomie-Diplomatie" sein, die ja eine lange Geschichte hat und bis ins 18. Jahrhundert zurückreicht: Die berühmtesten Emissäre Roms waren damals Jesuiten, die als Astronomen Anstellung im kaiserlichen Hofdienst fanden, u.a. Adam Schall von Bell. -we-

\*(2)

**China applaudiert dem EUREKA-Projekt**

In einem längeren Artikel setzt sich die Volkszeitung (RMRB, 6.5.85) mit dem von Frankreich vorgeschlagenen EUREKA-Plan auseinander, mit dem Europa erstens eine Alternative zum amerikanischen SDI aufstellt, mit dem es weiterhin der Herausforderung der USA und Japans begegnen will und mit dem es drittens eine europäische Zusammenarbeit in sechs High-Tech-Bereichen anstrebt - Optoelektronik, neue Materialien, Laser- und Partikelforschung, künstliche Intelligenz, Mikroelektronik und Computer der 5. Generation. EUREKA sei ein Zug, den die EG früher oder später besteigen müs-



se, wenn sie nicht hinter den USA und Japan zurückbleiben wolle. EUREKA habe gegenüber SDI mehrere Vorteile, insofern es erstens nicht rein militärisch sei und indem es zweitens die Europäer von den USA unabhängig machen solle; Waffenverkäufe seien bereits eine Einbahnstraße von den USA nach Europa; es bestehe nun die Gefahr, daß die Europäer bei Beteiligung am SDI-Projekt eine zweite Einbahnstraße von Personal, Technologie und Kapital in Richtung USA eröffneten und daß Europa lediglich zu einem Unterkontrahenten und einer Verarbeitungsfabrik für die amerikanische Industrie werde. Der EUREKA-Plan sei demgegenüber ausschließlich europäisch und ver helfe Europa zur Aneignung der fortgeschrittenen Spitzentechnologien.

17 Länder hätten bei der am 17. Juli in Paris zusammengetretenen Konferenz Interesse an EUREKA gezeigt - nämlich die 10 EG-Länder, ferner die 2 künftigen Mitglieder, Spanien und Portugal sowie darüber hinaus Österreich, die Schweiz, Norwegen, Schweden und Finnland.

Europa habe inzwischen mehrere Lektionen lernen müssen, nämlich erstens die Zukunft zu planen (der erste Computer der Welt sei in Westeuropa gebaut, dann aber vernachlässigt worden, so daß andere die Führung hätten übernehmen können); zweitens die verstärkt Computerforschung zu treiben und drittens mehr staatliche Unterstützung für die Technologieentwicklung bereitzustellen; man dürfe sich nicht allein auf die Marktentwicklung verlassen, sondern müsse Talente und Ressourcen rechtzeitig koordinieren.

Einige Regierungen, wie z.B. die Bundesrepublik, versuchten sich einer Entweder-Oder-Lösung zwischen EUREKA und SDI zu entziehen und stattdessen ein Sowohl-Als-Auch anzustreben. Solange EUREKA dadurch nicht gefährdet werde, sei dies sinnvoll.

Leider sei durch das Hin und Her den Sowjets erneut eine Gelegenheit gegeben worden, die zwischen den verschiedenen europäischen Staaten bestehenden Spannungen auszunutzen.

Eines der Kernelemente der chinesischen Außenpolitik ist die Ermunterung zu regionalen Lösungen, sei es nun in Lateinamerika (Andenpakt), Afrika (OAU) oder Südostasien (ASEAN, ZOPFAN). Auch die EG ist eines jener Bündnisse, dem China seit Beginn der 70er Jahre Beifall spendet. Die jetzige Argumentation für EUREKA paßt genau auf diese Linie. -we-

\*(3)

### 10 Jahre KSZE: Die Helsinki-Konferenz war eine Enttäuschung

Vom 30. Juli bis zum 1. August traten die Außenminister von 35 Ländern in Helsinki zusammen, um den 10. Jahrestag der Vereinbarungen über Sicherheit und Zusammenarbeit zu begehen. Dabei überprüften sie die Ergebnisse der am 1. August 1975 unterzeichneten Helsinki-Schlußakte, wobei vor allem die Frage im Mittelpunkt stand, wieviel an "Sicherheit" die Konferenz den Europäern gebracht habe.

Fast alle Redner äußerten sich enttäuscht. Das einzige konkrete Ergebnis im vergangenen Jahrzehnt seien das Ost-West-Abkommen über Informationsaustausch und über die Entsendung von Beobachtern bei großangelegten Militärmanövern sowie die Aufhebung einiger Beschränkungen für Journalisten, nicht zu vergessen auch die Zusammenführung einiger getrennter Familien.

Im übrigen aber sei der "Geist von Helsinki" nicht gewahrt worden. Die USA beschuldigte die Sowjetunion der dauernden Verletzung der Menschenrechte, während die Sowjetunion den USA umgekehrt die Einmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten im Namen der Menschenrechte vorwarf und auch die im Westen herrschende Arbeitslosigkeit zur Menschenrechtsfrage in Beziehung setzte. Auch kritisierte sie die Stationierung neuer Nuklearraketen und den Plan der USA zur Entwicklung von Weltraumwaffen.

Besonders enttäuschend für die Europäer war das Scheitern der Genfer Verhandlungen über die Euro-Raketen, die bereits 1983 abgebrochen wurden. Die Gespräche hatten von 1981 bis 1983 gedauert, waren aber angesichts der Aufstellung neuer NATO-Raketen im November 1983 (572 US-Mittelstreckenraketen, 108 Pershing II und 464 Cruise Missiles) gescheitert. Die Aktion war von der NATO mit dem Argument des "Gleichziehens" gerechtfertigt, von der UdSSR aber mit dem Hinweis auf die Schaffung eines neuen Angriffspotentials der NATO abgelehnt worden. Die ersten Pershing II waren im November 1983 in Großbritannien und in der Bundesrepublik stationiert worden. Seitdem zog sich die Sowjetunion von den Genfer Gesprächen zurück (dazu RMRB, 25.11.83). China selbst hatte sich dafür ausgesprochen, daß keine weiteren Raketen (also auch keine amerikanischen) mehr nach Europa verbracht werden sollten.

Trotz aller Enttäuschung habe aber, so der chinesische Kommentator, die 3tägige Konferenz von

Helsinki doch die Möglichkeit zu zahlreichen bilateralen und multilateralen Gesprächen eröffnet. Auch hätten sich die meisten Außenminister dafür eingesetzt, den Weg der KSZE fortzusetzen, obwohl er langsam und gewunden sowie von Widerspruch und Kampf erfüllt sei. Ein Hoffnungsschimmer also bleibe immerhin! -we-

\*(4)

### Die politische Einheit Europas muß keine Utopie bleiben

Am 28. und 29. Juni versammelte sich die "zerstrittene Familie" der Europäer zu einer Gipfelkonferenz in Mailand, um den ewigen Auseinandersetzungen um Agrarüberschüsse, Protektionismus und Fortsetzung des Vetorechts ein Ende zu machen.

Anlaß zu neuen Überlegungen für eine verstärkten Zusammenarbeit war die immer schärfer werdende Konkurrenz aus den USA und Japan sowie die Bedrohung des Friedens durch permanente Eskalation des Wettrenns zwischen den beiden Supermächten.

Die alten EG-Länder, unter ihnen Frankreich, die Bundesrepublik und Benelux-Staaten sowie Italien setzten sich dafür ein, die 28 Jahre alten römischen Verträge abzuändern und dem europäischen Parlament Gesetzgebungsgewalt sowie Entscheidungsgewalt in wichtigen Angelegenheiten einzuräumen und gleichzeitig das Vetorecht abzuschaffen und es durch Mehrheitsbeschlüsse zu ersetzen.

Auf der anderen Seite standen Großbritannien, Griechenland und Dänemark, die eine Abänderung der römischen Verträge ablehnten und stattdessen auf der Vervollkommnung der Gemeinschaft im Rahmen der römischen Verträge bestanden.

Obwohl die politische Union damit wieder einmal ein Stück in die Ferne gerückt ist, kam man, wie chinesische Kommentare beifällig bemerken, doch wenigstens darin überein, einmal dem EUREKA mehr Aufmerksamkeit zu schenken, also die High-tech-Zusammenarbeit zu verdichten und zweitens bis 1992 einen einheitlichen europäischen Markt zu schaffen.

Nach wie vor freilich stelle das "Star-Wars-Programm", wie es heißt (XNA, 25.3.85), die Beziehungen zwischen den USA und den westeuropäischen Verbündeten sowie zwischen den Europäern untereinander auf eine harte Probe. Es sei eine "heiße Kartoffel" (XNA, 3.4.85). -we-



## SOWJETUNION UND OSTEUROPA

\*(5)

## Gute Noten für das RGW

Das RGW, ein Wirtschaftsbündnis zwischen hauptsächlich 7 osteuropäischen Mitgliedsstaaten (Bulgarien, CSSR, Ungarn, Polen, Rumänien, Sowjetunion und DDR) hatte Mitte der 70er Jahre unter wirtschaftlicher Stagnation zu leiden. Die wirtschaftliche Wachstumsrate der Sowjetunion war 1982 mit 2,6% auf den Tiefststand seit dem 2. Weltkrieg gesunken.

Als Ursache für diesen Rückgang führen chinesische Kommentatoren erstens den Mangel an wirtschaftlicher Vielfaltigkeit und zweitens die Einwirkungen der weltweiten Wirtschaftskrise an - und nicht etwa, wie es früher in diesem Zusammenhang immer geschehen war, die "Ausbeutungspolitik" der UdSSR. Der Geist der Zeit hat sich in der Tat verändert!

Nachdem die RGW-Mitgliedsstaaten eine Reihe von wirtschaftlichen Korrekturmaßnahmen durchgeführt haben, ging es seit 1983 mit ihnen wieder aufwärts. Die Wachstumsrate der Sowjetunion stieg 1983 um 3,1%, 1984 um 4,4%. Selbst Polen, dessen Wirtschaft wegen sozialer Unruhen und unglücklicher nationaler Wirtschaftsentscheidungen Anfang der 80er Jahre in eine schwere Krise geraten war, erlebte einen Wiederaufstieg. Bei der DDR, die seit den 70er Jahren ohnehin ein ständiges wirtschaftliches Wachstum zu verzeichnen hatte, lag die Rate 1984 sogar über 5%. In Polen, Ungarn, der CSSR, Rumänien und der DDR gab es 1984 Rekordern. Selbst die Sowjetunion, die 6 Jahre hintereinander Mißernten eingefahren hatte, kam seit 1983 etwas besser weg.

Bei einer RGW-Konferenz vom 25.-27. Juni in Warschau wurden Vereinbarungen über die Koordinierung der 5-Jahres-Pläne getroffen. Auch arbeiteten die RGW-Mitgliedsstaaten einen Entwurf für ein Entwicklungsprogramm in den nächsten 15-20 Jahren in den Bereichen Elektronik, Automation, Kernenergie, Verwendung von neuen Materialien und Biotechniken aus - eine Art östlichen EUREKA-Plan.

All dies wird von chinesischer Seite positiv kommentiert - nicht zuletzt aber auch die Möglichkeit einer engeren Zusammenarbeit zwischen RGW und EG. Erste Kontakte zwischen beiden Organisationen hätten bereits 1977 begonnen, seien aber dann 1980 unterbrochen worden. Inzwischen aber wurde bei der Moskauer Wirtschaftsgipfelkonferenz im Juni 1984 die "Deklaration über die Verteidigung des Weltfriedens und über wirtschaft-

liche Zusammenarbeit" herausgegeben, in der auch das Angebot des RGW an die EG vorkommt, mit ihr Abkommen zu unterzeichnen, um die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu fördern.

Noch vor wenigen Jahren hätte China einem solchen Ansinnen alle nur denkbaren Einwände entgegengehalten. Heute "schluckt" es sie. Das Bestreben, mit allen Seiten gut zu fahren und auch in Zukunft mit dem RGW wirtschaftlich besser zurechtzukommen, drückt sich in dieser neuen Politik aus (XNA, 19.7.85). -we-

\*(6)

## Radio Beijing nimmt Russisch-Sprachkurs wieder auf

Die Rundfunkstation "Radio Beijing" hat am 19. August 1985 in ihrem lokalen Programm für Beijing wieder einen Russisch-Sprachkurs aufgenommen. Die Fremdsprachenkurse in russischer Sprache von Radio Beijing waren im Jahre 1966 abgebrochen worden. Nach Englisch, Japanisch und Französisch ist Russisch die vierte Fremdsprache, für die Radio Beijing einen Sprachkurs ausstrahlt. Radio Beijing ist die erste chinesische Rundfunkstation, die die in den 50er Jahren weit verbreiteten Russisch-Sprachkurse wieder aufnimmt. Ein Sprecher von Radio Beijing begründete die Wiederaufnahme des Russisch-Sprachstudienprogramms damit, daß die Sowjetunion Chinas größtes Nachbarland sei und daß Russisch eine der Arbeitssprachen bei der UNO darstelle. Deshalb, so der Sprecher von Radio Beijing, "haben wir keinen Grund, die russische Sprache zu vernachlässigen". (Radio Beijing, chin., 20.8.85, nach bpa-Ostinformationen, 21.8.85) -sch-

## INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

\*(7)

**ANZUS-Pakt und "Multipolarisierung"**  
ANZUS ist ein Sicherheitspakt, der am 1. September 1951 zwischen Australien (A), Neuseeland (NZ) und den USA (US) abgeschlossen und im April 1952 ratifiziert wurde (Einzelheiten und Probleme zum ANZUS in: SOAa, Januar 1985, S.66-68).

Die USA sehen seit der Auflösung der SEATO den ANZUS-Pakt als ihre stärkste multilaterale Militärorganisation im Südwestpazifik an. Da die ANZUS-Pakt-Länder ein Verteidigungsabkommen mit den ASEAN-Ländern Singapur und Malaysia abgeschlossen haben, spielt der Pakt teilweise sogar die strategische Rolle der SEATO weiter.

Im Februar 1984 kam es jedoch zu einem Eklat, als die neuseeländi-

sche Regierung den Besuch eines amerikanischen Atom-Kriegsschiffs ablehnte und die USA daraufhin ein gemeinsames Manöver und 6 Verteidigungsübungen absagten. Anschließend hatte auch noch Australien gefordert, die Jahrestagung des Bündnisses auf unbestimmte Zeit zu verschieben.

Dieser Schlag traf die USA umso stärker, als gleichzeitig auch auf den Philippinen die Ungewißheit wächst. Dort läuft das Abkommen über den Luftwaffenstützpunkt Clark 1991 aus, so daß die Tage der USA-Militärpräsenz auf den Philippinen gezählt sein dürften. Sollte dies der Fall sein, so müßten die USA eine Ersatzbasis in Australien finden - wodurch die Wichtigkeit des ANZUS-Paktes erneut deutlich wird.

Aus chinesischer Sicht (BRu 1985, Nr.34, S.25 f) sind die beiden hier erwähnten Maßnahmen Neuseelands und Australiens Anzeichen für eine wachsende Unabhängigkeit kleinerer und mittlerer Länder, die sich vor allem in so kritischen Punkten wie der Haltung zur Atomwaffenfrage äußert. Muß Washington doch befürchten, daß Wellingtons Anti-Nuklear-Politik ansteckend auf andere Länder wirken und damit die globale Verteidigungspolitik der USA anschlagen könnte (in diesem Sinn z.B. FEER, 6.9.84, S.40 ff).

Nach chinesischer Ansicht zeigt das australische und das neuseeländische Unabhängigkeitsstreben eine generelle Tendenz der mittelgroßen und kleinen Länder nach mehr Selbständigkeit auf. Diese Entwicklung aber bedrohe die Bündnisysteme nicht nur der USA, sondern auch der Sowjetunion. Die von den Supermächten gestifteten Bündnisse seien "veraltet" und spiegeln weder die Veränderungen der internationalen Beziehungen wider noch entsprächen sie den Interessen der Bündnismitglieder.

Die Entwicklung zur Multipolarisierung und zur Betonung regionaler Interessen sei aber wohl kaum noch aufzuhalten. Multipolarisierung in den internationalen Beziehungen könne durchaus einen positiven Beitrag zum internationalen Frieden leisten. -we-

## VERTEIDIGUNG

\*

\*

\* \* \* \* \*

\*(8)

## Neue Führung der Südmeerflotte der VBA-Marine

Im Rahmen der umfangreichen strukturellen und personellen Reform der Chinesischen Volksbefreiungs-